

## Migration und Integration aus der Perspektive von Gender

### Migration und Integration als Themen für die Politische Bildung

Migration ist zu einem bestimmenden Merkmal unserer Gesellschaft geworden. Sie hat aus Deutschland ein Einwanderungsland gemacht. Wie diese Einwanderung gestaltet werden soll, welches die richtigen Konzepte und Wege für ein Zusammenleben von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sind, wird in Politik und Gesellschaft kontrovers diskutiert. Für unsere demokratische Entwicklung ist es wichtig, wie über Einwanderung und Integration diskutiert wird und wer sich mit welchen Einflussmöglichkeiten beteiligen kann.

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten hat mit seiner Stellungnahme *„Politische Bildung in der demokratischen Gesellschaft. Zum Beitrag Politischer Bildung bei der Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels“* vom 30.11.2006 auf die Bedeutung politischer Bildungsarbeit hingewiesen: *„Der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung kommt bei der lebensweltorientierten Auseinandersetzung mit dem Politischen eine entscheidende Rolle zu: sie bietet Orte und Gelegenheit für faire Diskussionen und Kontroversen, sie befähigt und ermuntert zu kritischem Urteil und kompetenter Einmischung und sie fördert und qualifiziert zivilgesellschaftliches Engagement. Politische Bildung ist auch deshalb integraler und unverzichtbarer Bestandteil eines zukunftsfähigen und nachhaltigen Bildungssystems, weil sie Position bezieht für die Verwirklichung des Verfassungsanspruchs auf Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.“*

Politische Bildung in diesem Sinne zielt darauf ab, Menschen zu befähigen, sich qualifiziert in gesellschaftliche Debatten einzumischen und Verantwortung für sich und die Gesellschaft als Ganzes zu übernehmen. Damit leistet Politische Bildung einen Beitrag zur Demokratisierung. Mit Blick auf Migrantinnen und Migranten heißt es: Sie sind Teil dieser Gesellschaft und *„müssen verstärkt in das Blickfeld Politischer Bildung rücken“*.

Migration und Integration sind für die Politische Bildung in der aktuellen Situation zentrale Themen, denn die damit verbundenen Fragen sind entscheidend für die Entwicklung unserer Demokratie. Wenn Integration bedeutet, dass alle hier lebenden Menschen akzeptierter Teil der Gesellschaft sein sollen, dann ist es notwendig, die gesellschaftlichen Strukturen so zu verändern, dass eine gleichberechtigte Teilhabe am politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Leben für alle hier lebenden Menschen möglich wird.

Deshalb ist es wichtig, die unterschiedlichen Erfahrungen und Perspektiven der Mehrheiten und Minderheiten, der Einheimischen und der Eingewanderten in den Blick zu nehmen und miteinander in Beziehung zu bringen. Die bundesdeutsche Integrationsdebatte zeigt, dass der Prozess der Integration nicht ohne Konflikte verläuft. Umso wichtiger ist es, dass die damit verbundenen Fragen und Probleme genau benannt werden und mit Argumenten im Dialog ausgetragen werden.

## Geschlecht und Migration

„Gender“ kommt aus dem Englischen und beschreibt die historisch, sozial und kulturell geprägten Geschlechterrollen und nimmt Bezug auf das Geschlechterverhalten. Die wissenschaftliche und pädagogische Beschäftigung mit Gender zeigt, dass Geschlechterrollen erlernt und damit auch veränderbar sind. Dies gilt für das Geschlechterverhältnis ebenfalls. Trotz Rechtsgleichheit steht die allgemeine Gleichstellung von Frauen und Männern weiterhin aus. Sie bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Die Geschlechterforschung hat den Zusammenhang von geschlechtlichen Identitätskonstruktionen und gesellschaftlichen Machtverhältnissen konkreter herausgearbeitet und hier vor allem die Bedeutung einer hegemonialen Männlichkeit mit den Merkmalen „männlich, bürgerlich, weiß, heterosexuell“ gegenüber anderen Formen von oftmals marginalisierten Formen von Männlichkeiten und Weiblichkeiten betont. Sie hat zugleich dazu beigetragen, die Mechanismen des individuellen wie auch des gesellschaftlichen „doing gender“ transparenter zu machen. Dies ist eine zentrale Voraussetzung, um Möglichkeiten zur Veränderung aufzuzeigen. Hierzu haben Angebote der geschlechtsbezogenen Bildung bereits wichtige Beiträge geleistet.

Geschlechtergerechtigkeit lässt sich in der Einwanderungsgesellschaft nicht ohne Berücksichtigung von Migrationsaspekten herstellen, denn Geschlechtergerechtigkeit und Gerechtigkeit in der Einwanderungsgesellschaft sind miteinander verschränkt. Durch Migration und Einwanderung verändert sich die Zusammensetzung unserer Gesellschaft kontinuierlich. Damit einher geht eine Pluralisierung der gelebten Geschlechterentwürfe. Gleichzeitig nimmt die Mehrheitsgesellschaft diese Pluralisierung nicht wahr und pflegt stattdessen einseitige Stereotype, zum Beispiel: „Kopftuch tragende Frauen sind alle unterdrückt oder nicht emanzipiert.“ Dementsprechend werden Migrantinnen als autoritäre Ehemänner und Familienväter eingestuft.

Die Gruppe der Migrantinnen und Migranten zeichnet sich ebenso wie die deutsche Mehrheitsbevölkerung durch heterogene Lebensentwürfe und Weltanschauungen aus. Differenzlinien zwischen Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung sind weniger auf kulturelle Unterschiede als vielmehr auf soziale Ausschlussmechanismen zurückzuführen, sei es in der Schule, auf dem Wohnungsmarkt, bei der Arbeitssuche oder hinsichtlich der politischen Teilhabe. Wenn es um Fragen von Demokratieentwicklung, Emanzipation und gerechter Teilhabe geht, dann müssen alle Unterdrückungsmechanismen in ihrer Verschränktheit wahrgenommen und thematisiert werden. Es gibt keine Geschlechterdemokratie, ohne Rassismus und Ausgrenzungen in unserer Gesellschaft zu benennen.

Auf europäischer Ebene gibt es seit den 1990er Jahren eine Auseinandersetzung mit allen Formen von Diskriminierung. Mit dem Abschluss des Amsterdamer Vertrages ist Gender Mainstreaming rechtlich verankert. In Deutschland hat die Bundesregierung 1999 mit entsprechenden Beschlüssen die EU-Vorgaben umgesetzt. Mit dieser Strategie soll die Gleichstellung von Frauen und Männern politisch gefördert werden. Gender Mainstreaming zielt auf Veränderung hierarchisch organisierter Geschlechterverhältnisse und geht davon aus, dass Politik nicht geschlechtsneutral ist. Die Herstellung von Chancengleichheit wird als Querschnittsaufgabe begriffen, die auch darauf zielt, institutionelle Strukturen im Sinne von gleicher Teilhabe für beide Geschlechter zu verändern.

In einem weiteren Punkt strebt die EU die Beseitigung von Ungleichheiten und Diskriminierungen an. In der beim EU-Gipfel von Nizza verabschiedeten *Charta der Grundrechte der Europäischen Union* heißt es, dass alle Formen von Diskriminierungen „insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen und sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen und sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung“ aufgehoben werden sollen. Mit ihrer Charta der Grundrechte trägt die EU den gesellschaftlichen Verhältnissen Rechnung, denn neben der Geschlechterdifferenz sind Hautfarbe und/oder Herkunft oftmals wichtige Differenzmerkmale, die die soziale Positionierung entscheidend beeinflussen.

### **Anforderungen an die Politische Bildung**

Politische Bildung geht es darum, die Reflexions- und Urteilsfähigkeit der Menschen zu fördern. Sie zeigt Einzelnen und Gruppen Wege zur Partizipation. Mit Blick auf Gender und Migration heißt dies:

1. Eine demokratisch orientierte politische Bildungsarbeit achtet darauf, dass alle Adressaten und Adressatinnen in ihren unterschiedlichen Kontexten und gesellschaftlichen Verankerungen sowie den persönlichen Belangen wahrgenommen werden. Politische Bildung stellt selbstverständliche Deutungs- und Handlungsmuster bezüglich Einwanderung und Geschlechterverhältnissen infrage und initiiert bewusst Irritationen bei allen Beteiligten. Die Benennung der Konflikte zwischen Mehrheits- und Minderheitsangehörigen und die Fähigkeit, mit diesen Konflikten umzugehen, sind Aufgaben der Politischen Bildung.
2. Die Machtverhältnisse zwischen Mehrheits- und Minderheitsangehörigen sind unausgewogen und die Zugänge zu Bildung, ökonomischem und rechtlichem Status, sozialen und kulturellen Ressourcen sind ungleich verteilt. Geschlechtsbezogene und interkulturelle Bildungsansätze thematisieren die Ungleichverteilung und wenden sich gegen pauschalisierte Zuschreibungen bezüglich der Deutung von Frauen und Männern mit beziehungsweise ohne Migrationshintergrund. Die Politische Bildung steht für eine kritische Auseinandersetzung mit nationalen und individuellen Identitätskonstruktionen.
3. Lebendige Demokratie basiert auf Werten, die mit den Menschenrechten vereinbar sind und schließt jegliche Diskriminierung aus. Politische Bildung befähigt Minderheits- und Mehrheitsangehörige, sich an demokratischen und gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen zu beteiligen. Darüber hinaus hat politische Bildung die Aufgabe, Diskriminierungserfahrungen ernst zu nehmen und Betroffenen Räume für den Austausch und zum Erlernen von Widerstandsstrategien zur Verfügung zu stellen.

4. In einer sich pluralisierenden Gesellschaft bedarf es eines kontinuierlichen Verständigungsprozesses über grundlegende Werte. Politische Bildung fördert den Diskurs darüber. Sie tritt für Religionsfreiheit und die Akzeptanz unterschiedlicher Wertvorstellungen in der demokratischen Gesellschaft ein. Nur Anerkennung und Respekt ermöglichen eine konstruktive Auseinandersetzung über Konfliktlinien und gesellschaftliche Entwicklung.
5. Politische Bildungsarbeit verfolgt das Ziel, Ausgrenzung und Diskriminierung entgegen zu wirken und zur Herstellung von Chancengleichheit beizutragen. Dazu muss sie die Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft befähigen, sich kritisch mit den eigenen Lebenskontexten, Annahmen und bestehenden Bildern auseinanderzusetzen und Prozesse von Migration zu begreifen sowie die Herstellung von Geschlechterverhältnissen zu verstehen. Weiterhin ist es Aufgabe der politischen Bildung alle Beteiligten in ihrer Kompetenz zur Reflexion zu unterstützen und auf die gemeinsame Bereitschaft zur Integration aller Mitglieder unserer Einwanderungsgesellschaft hinzuwirken.
6. Damit die Belange von Migrantinnen und Migranten in der Politischen Bildung berücksichtigt werden, ist es wichtig, dass Frauen und Männer mit Migrationshintergrund als Pädagoginnen und Pädagogen vertreten sind.
7. Politische Bildung orientiert sich an den universellen Menschenrechten. Interkulturelle und geschlechtsbezogene (-sensible) Bildung ist somit immer eine pädagogisch-politische Arbeit. Sie fördert nicht nur die individuelle Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen Veränderungen, sondern setzt sich für gerechtere und demokratischere Strukturen und eine gleichberechtigte Teilhabe aller ein. Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. unterstützt seine Mitglieder in dieser Richtung.

Berlin, den 13. Oktober 2008

**Das vorliegende Papier wurde erstellt von der Steuerungsgruppe  
Gender Mainstreaming im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V.**